

	StV. Mag. Stefan Birkel StV. Maria Benzer EM. Mag. Art. Dietmar Fend	Grüne und Parteifreie Grüne und Parteifreie Grüne und Parteifreie
Ems isch üsr:	StR. DSA Bernhard Amann StV. Osman Güvenc StV. Roswitha Sahler EM. Birgit Vanheiden	Ems isch üsr Ems isch üsr Ems isch üsr Ems isch üsr
Steinbruch - Gegner:	StV. DDr. Arnulf Häfele	Steinbruch - Gegner
SPÖ Hohenems und Parteifreie:	StV. Günter Zechner	SPÖ Hohenems
Auskunftsperson:	Dr. Markus Kranz Raimund Lebenbauer	
Schriftführerin:	Birgit Amann	
Entschuldigt:	StV. Arno Bentele StV. Birgit M. König StV. Mag. Sabine Mohr-Egger StV. Anton Strammer StV. Gökhan Ugurlu	Liste Dieter Egger Hohenemser Volkspartei Grüne und Parteifreie Liste Dieter Egger Ems isch üsr

Tagesordnung

1. Begrüßung und Fragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Besetzung von Ausschüssen
4. Rathaus Neubau und Tiefgarage Rathaus-Quartier: Darlehensaufnahme
5. Bericht der VlbG. Landesregierung (Abt. Gebarungskontrolle) über die Prüfung der Kassen- und Bankgebarung der Stadt Hohenems
6. Novelle Zweitwohnungsabgabenverordnung
7. Verordnung Mindestmaß baulicher Nutzung für GST 650/2 – Beschluss
8. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 650/1, 650/2, 650/3, Bergstraße – Beschluss der Änderung
9. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7560, Seelache - Beschluss der Änderung
10. Antrag Grüne & Parteifreie: Fahrradstraßen ins Erholungsgebiet Rheinauen
11. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz
12. Genehmigung der Niederschrift über die 29. Sitzung der Stadtvertretung wird nachgereicht!!!!
13. Allfälliges

Verlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden StadtvertreterInnen und die Bürgerin sowie die Zuschauer via Livestream und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Als Auskunftsperson wird Raimund Lebenbauer einstimmig beigezogen.

1. Begrüßung und Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

In den letzten Tagen hatten wir wieder mit Starkniederschlägen zu tun. Wir wurden rechtzeitig informiert. Wir haben die Einsatzkräfte in Bereitschaft gerufen. Wir sind zum Glück verschont geblieben. Die Bäche konnten die Wassermengen gut aufnehmen obwohl die Niederschlagsmengen doch sehr groß waren. Wir müssen davon ausgehen, dass wir öfters mit solchen Niederschlägen rechnen müssen. Wir sind laufend dran um Verbesserung im Hochwasserschutz zu gewährleisten. Mitte Juni haben wir eine Sitzung mit den Einsatzkräften und dem Land Vorarlberg und evaluieren unsere Einsatzpläne. Das ist ein permanenter Prozess.

Nochmals ein herzliches Dankeschön an die Einsatzkräfte. Wir haben Kontrollpunkte in der ganzen Stadt. Diese werden regelmäßig abgefahren und überwacht.

3. Besetzung von Ausschüssen

Keine Wortmeldungen

4. Rathaus Neubau und Tiefgarage Rathaus-Quartier: Darlehensaufnahme

Raimund Lebenbauer wir haben wie im Voranschlag vorgesehen die Darlehen ausgeschrieben. Wir schreiben immer fixe und variable Varianten aus. Wir haben 11 Kreditinstitute angeschrieben und auch von allen Instituten Angebote erhalten. Die Finanzabteilung empfiehlt die Variante mit der Fixverzinsung von 5 Jahren. Das gibt uns Planungssicherheit. Dadurch haben wir einen Zinsvorteil von € 61.000,00. Demnächst wird ein Zinssenkungsschritt erwartet. Wir rufen den Kredit erst ab, wenn wir ihn wirklich brauchen.

StV. Arnulf Häfele: Wenn man einen langfristigen Kredit in dieser Höhe aufnimmt ist dieser Antrag sicher gut. Das Geld sollte auch sinnvoll genutzt werden. Die besten Konditionen sind nichts, wenn das Objekt nicht passt.

StR. Bernhard Amann: Wir waren immer für einen anderen Standort. Der Bürgermeister hat im NEUE Interview gesagt, dass durch den Wegfall der Mieten das neue Rathaus finanziert wird.

Bürgermeister: Die Amortisation wird über den Lebenszyklus betrachtet und diese ist beim neuen Rathaus sehr gut. Es ist besser in Eigentum zu investieren als jährlich Geld für Mieten zu bezahlen. Wir

schaffen Eigentum und einen großen Wert für die Zukunft. Auch die Energiekosten im derzeitigen Rathaus sind sehr hoch und reduzieren sich im neuen Rathaus.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Die Darlehensaufnahme zur Finanzierung des Rathaus Neubaus wird wie folgt vorgenommen:

Darlehensbetrag:	€ 8.500.000
Kreditinstitut:	UniCredit Bank Austria AG
Zuzählung(en):	ab Vertragsunterzeichnung bis 30.06.2025
Gesamtlaufzeit:	20 Jahre (= 80 Raten)
Verzinsung:	fixe Verzinsung von 3,01% für fünf Jahre mit anschließender Neuverhandlung / Neuausschreibung für die restliche Laufzeit von 15 Jahren bzw. angebotene Konditionen für eine variable Verzinsung mit einem Aufschlag von 0,454% über dem 3-Monats-Euribor
Rückzahlungsart und Termine:	gleichbleibende Kapitalraten jeweils zum 31.3., 30.6., 30.9. und 31.12. mit Beginn 30.09.2025
Kündigung:	Während der Fixzinsphase ist keine Kündigung möglich. Nach Ablauf der Fixzinsphase sind Sondertilgungen/Kündigung unter Einhaltung eines einmonatigen Avisos zum Ablauf der jeweiligen Zinsbindungsperiode spesenfrei möglich.
Zinsverrechnung:	jeweils dekursiv, klm/360, vierteljährlich, spesenfrei

2. Die Darlehensaufnahme zur Finanzierung der Tiefgarage Rathaus-Quartier wird wie folgt vorgenommen:

Darlehensbetrag:	€ 1.000.000
Kreditinstitut:	UniCredit Bank Austria AG
Zuzählung(en):	ab Vertragsunterzeichnung bis 30.06.2025
Gesamtlaufzeit:	20 Jahre (= 80 Raten)
Verzinsung:	fixe Verzinsung von 3,01% für fünf Jahre mit anschließender Neuverhandlung / Neuausschreibung für die restliche Laufzeit von 15 Jahren bzw. angebotene Konditionen für eine variable Verzinsung mit einem Aufschlag von 0,454% über dem 3-Monats-Euribor
Rückzahlungsart und Termine:	gleichbleibende Kapitalraten jeweils zum 31.3., 30.6., 30.9. und 31.12. mit Beginn 30.09.2025
Kündigung:	Während der Fixzinsphase ist keine Kündigung möglich. Nach Ablauf der Fixzinsphase sind Sondertilgungen/Kündigung unter Einhaltung eines einmonatigen Avisos zum Ablauf der jeweiligen Zinsbindungsperiode spesenfrei möglich.
Zinsverrechnung:	jeweils dekursiv, klm/360, vierteljährlich, spesenfrei

wird mit 29:7 Stimmen **angenommen**.

5. Bericht der VlbG. Landesregierung (Abt. Gebarungskontrolle) über die Prüfung der Kassen- und Bankgebarung der Stadt Hohenems

Raimund Lebenbauer: Die Mitarbeiter vom Land kommen unangekündigt ins Büro und wir müssen die geforderten Unterlagen bereitstellen. Wir müssen noch eine Kassaordnung beschließen. Der Beschluss erfolgt in der Stadtratssitzung am 11.06.2024. Der Bürgermeister darf nicht zeichnungsberechtigt sein. Wir haben bzw. werden die Empfehlungen umsetzen.

StV. Dieter Mathis: Spannend ist die Außensicht auf den Prüfungsausschuss. Von der Gebarungskontrolle wurde die Arbeit des Prüfungsausschusses sehr positiv bewertet. Der Rechnungsabschluss wurde erheblich verspätet vorgelegt. Alle Fristen von der Stadtvertretung und Prüfungsausschuss wurden eingehalten. Daher stelle ich nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

1. Warum wurde der Rechnungsabschluss 2022 nicht fristgerecht abgeliefert?
2. Wurde der Rechnungsabschluss 2023 schon abgeliefert? Welche Maßnahmen werden gesetzt, dass es keine Verspätungen mehr gibt?

Raimund Leberbauer: Ich muss mich für die Verspätung entschuldigen. Wir haben die Printversion nicht verschickt, nur elektronisch. Der Rechnungsabschluss 2023 wurde am letzten Freitag übermittelt.

StV. Arnulf Häfele: Dieter Mathis hat erklärt, dass die Frist nicht eingehalten wird. Das Land soll vernünftige Fristen setzen. Das große Lob für den Prüfungsausschuss besteht zu Recht. An welchen Kassen kann Bargeld entgegengenommen werden? Wie hoch sind die Beträge?

Raimund Lebenbauer: Das meiste Bargeld wird in der Hauptkassa, Werkhof und Standesamt eingenommen. Das müssen wir im Stadtrat beschließen lassen. Es gibt sehr viele kleine Nebenkassen wie zB in den Kindergärten. Die haben jedoch nur einen Betrag von € 150,00.

Der Prüfbericht des Landes über die Prüfung der Kassen- und Bankgeschäfte der Stadt Hohenems wird der Stadtvertretung zur **Kenntnis** gebracht.

6. Novelle Zweitwohnungsabgabenverordnung

Raimund Lebenbauer: Am 27.02.2024 haben wir die Verordnung beschlossen. Dieser Antrag betrifft lediglich die gewerblichen und privaten Zimmervermieter. Diese bezahlen im Moment Gästetaxe. Ab 75 Nächtingungen pro Jahr bleiben sie in der Gästetaxe und sonst wird die Zweitwohnungsabgabenverordnung angewendet. Aufwandssteuern sind rechnerisch zu hinterlegen.

StV. Maria Benzer: Wir begrüßen diese Verordnung. Frage: Ist ein der Wohnungen vorgesehen? Kann nachvollzogen werden, ob es zum Monitoring gekommen ist?

Bürgermeister: Es ist noch nicht ganz klar, wie wir das machen. Der Gemeindeverband ist mit der Landesregierung an einem System dran, wie wir das umsetzen können.

Der **Antrag** lautend auf:

Beschluss der im Entwurf 1.2 vom 29.05.2024 beiliegenden Novelle zur Zweitwohnungsabgabeverordnung

wird mit 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) **angenommen**.

7. Verordnung Mindestmaß baulicher Nutzung für GST 650/2 – Beschluss

StR. Markus Klien: Der Punkt ist allen bekannt. Ich bitte um Zustimmung.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt das Mindestmaß der baulichen Nutzung gemäß § 31 Raumplanungsgesetz für Liegenschaft Gst.-Nr. 650/2, KG Hohenems, laut beiliegender Verordnung gem. § 29 Raumplanungsgesetz.

wird mit 35:1 Stimmen (StV. Gabriele Bächle) **angenommen**.

8. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 650/1, 650/2, 650/3, Bergstraße – Beschluss der Änderung

StR. Markus Klien: Auch dieser Punkt ist allen bekannt. Es handelt sich um 979 m².

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt die Teiländerung des Flächenwidmungsplanes für Liegenschaft Gst-Nr 650/1, 650/2 und 650/3, KG Hohenems, gemäß der beiliegenden Verordnung sowie der zeichnerischen Darstellung im angehängten Plan (Plan-Zl h031.2-10/2010 vom 30.01.2024) gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 34:2 Stimmen (StV. Gabriele Bächle und StV. Arnulf Häfele) **angenommen**.

9. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7560, Seelache - Beschluss der Änderung

StR. Markus Klien: Am 19.09.2023 haben wir diesen Vorlagebericht schon einmal beschlossen. Der Landesjurist hat jedoch gesagt, dass wir es noch einmal in der Stadtvertretung beschließen müssen.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt die Teiländerung des Flächenwidmungsplanes für die Liegenschaft Gst-Nr 7560, KG Hohenems, gemäß der beiliegenden Verordnung sowie der zeichnerischen Darstellung im angehängten Plan (h031.2-5/2021 vom 07.08.2023) gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 33:3 Stimmen (StV. Gabriele Bächle, Vizebgm. Patricia Tschallener, StV. Arnulf Häfele) **angenommen**.

10. Antrag Grüne & Parteilose: Fahrradstraßen ins Erholungsgebiet Rheinauen

StV. Gabriele Bächle:

Vor einigen Wochen stellte die Weltwetterorganisation der UNO fest, dass das vergangene Jahrzehnt das heißeste seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen gewesen sei. Für das Weltklima herrsche „Alarmstufe Rot“. 2023 war global das bisher heißeste Jahr der fast 200-jährigen Messgeschichte. Der von uns Menschen verursachte Klimawandel führt in manchen Teilen der Erde zu unglaublich langen trockenen Perioden und dadurch zu unendlichem Leid. Die Menschen müssen ihre Heimat verlassen, da auf ihren Feldern nichts mehr wächst. In anderen Gebieten führt die Erderwärmung zu nie dagewesenem Starkregen und Überschwemmungen. Auch wir in Österreich haben die Folgen des Klimawandels und der daraus folgenden Wetterextreme schon zu spüren bekommen. Wir alle wissen, der CO₂-Ausstoß muss stark reduziert werden. Mit 44 % ist der Verkehr in Österreich der größte Verursacher von CO₂. Eine sehr rasche Verringerung des CO₂-Ausstoßes, so sagen Klimaforscher*innen, würde Tempo 100 auf Autobahnen bringen, aber für diese sinnvolle Maßnahme, die sofort durchzuführen wäre fehlte den Verantwortlichen bisher der Mut. Gemeinden und Städte können keine großen Hebel in Bewegung setzen. Doch durch die Attraktivierung des Radverkehrs können sie dazu beitragen, dass die Menschen mehr Wege mit dem umweltfreundlichsten Verkehrsmittel zurücklegen und dadurch einen wichtigen Beitrag gegen die Klimakrise leisten. Denn in Vorarlberg sind 42% der Autofahrten kürzer als 5 Kilometer und können daher leicht mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Damit der Umstieg auf das klimafreundlichste Verkehrsmittel gelingt, müssen die Straßen für Radfahrende attraktiv und vor allem sicher sein. Fahrradstraßen sind die günstigste Maßnahme zur Attraktivierung des Radverkehrs. Sie sind sofort umsetzbar und erhöhen durch die Reduktion der Geschwindigkeit die Verkehrssicherheit enorm! Gerade die Wege in das Erholungszentrum Rheinauen müssen zum Umstieg motivieren. Wer im Alltag mit dem Fahrrad unterwegs ist, weiß, dass es einen großen Unterschied macht, ob man von einem Auto mit 50, 40 oder 30 km/h überholt wird. Besonders mit Kindern fühlt man sich sicherer je niedriger die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Autos ist. Außerdem ist der zeitliche Unterschied der knapp 2 Kilometer von der Rudolf von Ems Straße bis zum Schwimmbad Rheinauen **nicht einmal ganz 1 Minute!!!**

Bei den Anwohnern der Rheinfähre geht es also um ca. 30 bis 40 Sekunden, die sie länger brauchen um mit dem Auto ins Stadtzentrum zu gelangen! Eine zumutbare „Verzögerung“ zu Gunsten der Sicherheit der Radfahrenden finden bestimmt viele der heute hier anwesenden Stadtvertreter*innen!!! Dass „wegen der Fahrbahnbreite und des Vorhandenseins eines Gehsteigs die Herabsetzung auf 30 km/h nicht schlüssig darstellbar sei“ und „im Vergleich mit anderen „Tempo 40 Straßen“ nicht zu rechtfertigen gewesen wäre“, wie es in einer Antwort zu einer von uns vor kurzem gestellten Anfrage hieß, sehen WIR nicht. Auch die Graf-Maximilian-Straße, die Kaiserin Elisabeth Straße und die August Reis Straße sind sehr breit und trotzdem Tempo 30 Straßen. Da die beiden Straßen „Im Kirchholz“ und „Rheinfähre“ direkt ins Erholungszentrum Rheinauen führen und von vielen, und in Zukunft noch von viel mehr Radfahrer*innen benützt werden, rechtfertigt zur Attraktivierung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit das Verordnen einer Fahrradstraße.

In diesem Zusammenhang möchten wir Grüne und Parteilose darauf aufmerksam machen, dass die klimafreundliche Anreise zum Erholungszentrum Rheinauen ganz stark beworben werden muss, damit auch Besucher*innen, die aus entfernteren Gemeinden nach Hohenems kommen, diese Möglichkeiten in Betracht ziehen. Seit einigen Monaten führt jede S-Bahn, die ja an jeder Haltestelle hält und jede halbe Stunde aus beiden Richtungen in Hohenems Halt macht, einen ganzen Wagon nur für Fahrräder. So würde zB eine Familie aus Rankweil 10 bis 14 Minuten mit dem Zug fahren um dann über die neue Klienstraße, den Stockenweg, das Kirchholz und die Rheinfähre auf sicherem Weg ins Erholungsgebiet Rheinauen zu gelangen.

Eine Familie aus Schwarzach fährt auch nur 13 Minuten mit dem Zug und könnte nach kurzer Zeit sicher und entspannt im Erholungsgebiet Rheinauen ankommen.

Wir Grüne und Parteifreie würden es auch sehr begrüßen, wenn eine radfahrende Person, die unser wunderschönes Schwimmbad besucht und für den umweltfreundlichen Transport ihres Rades 2 Euro bezahlt hat, einen Stempelpass, nach dem Vorbild des „Unverpackt-Einkaufen-Stempelpasses“ erhalten würde und diesen ausgefüllt in einen „Hohenems Einkaufsgutschein der Emser Kaufmannschaft“ eintauschen könnte.

Abschließend möchte ich den VCÖ, den Verkehrsclub Österreich zitieren, der immer wieder Studien zur aktuellen und zur zukünftigen Mobilität in Auftrag gibt:

„Die Verbesserung der Rad-Infrastruktur führt zu mehr Radverkehr! Fahrradstraßen führen zu mehr Sicherheit, da die Höchstgeschwindigkeit 30km/h beträgt und das Recht der Radler*innen nebeneinander zu fahren, zu mehr Rücksichtnahme führt.“

Wir Grüne und Parteifreie stellen daher folgenden **Antrag**:

Die Stadtvertretung spricht sich für die Ausweisung der Straßen „Im Kirchholz“ und „Rheinfähre“ als Fahrradstraßen und beauftragt den Bürgermeister als zuständige Behörde, in Anwendung der Bestimmungen des § 60 GG (LGBI 40/1985 idGF) iVm der Verordnung des Stadtrates der Stadt Hohenems vom 22.11.2022 über die Übertragung der Zuständigkeit zur Besorgung der im § 94d Z 8b StVO (BGBl 159/1960 idGF) beschriebenen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde vom Stadtrat an den Bürgermeister, den Straßenzug „Im Kirchholz“ und „Rheinfähre“ gemäß § 67 Abs 1 StVO zur Fahrradstraße zu erklären.

StV. Philipp Schuler: In der Stadtvertretungssitzung vom 07.11.2023 hat die Opposition ohne Grüne einen Grundsatzantrag gestellt, den Zugang zum Erholungszentrum Rheinauen sicher zu machen. Nach anfänglichem Widerstand durch die FPÖ wurde dieser Antrag angenommen. Am 03.05.2024 wurde auf der ORF Vorarlberg Webseite darüber berichtet, dass es einen gemeinsamen Lösungsansatz mit Altach geben soll. Es wird suggeriert, dass seit 2018 Überlegungen zum Thema gemacht werden. Tatsächlich hat aber der genannte Grundsatzbeschluss durch die Opposition die Sache beschleunigt.

Nun zurück zum vorliegenden Antrag: Prinzipiell gefällt er mir gut. Es gibt jedoch noch Klärungsbedarf. Ich möchte das jedoch im Planungs- und Bauausschuss beraten. Warum soll Im Kirchholz eine Fahrradstraße werden? Wir müssen uns mit den Altachern absprechen. Der Betrieb im EHZ sind 4 Monate und was ist mit den restlichen 8 Monaten? Deshalb beantrage ich eine Vertagung in den Planungsausschuss. Der Vertagungsantrag wird **einstimmig** angenommen.

11. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz

Die Anfragen wurden beantwortet.

StV. Arnulf Häfele: In der letzten Sitzung wurde darüber gesprochen, dass die Geschäfte in der Marktstraße nur sehr kurz bestehen. Es wurde mir zugesagt, eine Liste über die Geschäfte ab Jänner 2023, zu bekommen, aber ich habe keine Liste erhalten.

Bürgermeister: Die Liste wird nachgereicht, weil Clemens Osl im Urlaub ist.

12. Genehmigung der Niederschrift über die 29. Sitzung der Stadtvertretung wird nachgereicht!!!!

StV. Dieter Mathis. Bei den TOP 4 und 5 steht „StR“ anstatt „StV“ Dieter Mathis. Das Abstimmungsergebnis beim TOP 9 lautet richtig: wird mit 27: 8 Stimmen (Grüne, Steinbruchgegner, 1x FPÖ; StR. Angelika Benzer war bei der Abstimmung nicht anwesend) angenommen.

Die Niederschrift wird mit den Korrekturen von StV. Dieter Mathis, mit 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) genehmigt.

13. Allfälliges

StR. Angelika Benzer: Ich stelle nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Im Oktober 2020 wurde schriftlich vom Bürgermeister versprochen, den Brunnen in der Radetzkystraße 61/63 auszugraben, im Werkhof zu lagern und anschließend im Harzhüttenweg wieder aufzustellen. Nachdem dann aber lange nichts passiert ist. Wurde von unserer Seite vermehrt im Stadtrat nachgefragt. Irgendwann teilte man uns mit, dass der Brunnen bei der Ausgrabung kaputt gegangen sei. Man hat uns aber zugesichert, dass ein anderer Brunnen an diesem Fahrradweg geben wird. Inzwischen sind 4 Jahre vergangen und es ist noch immer nichts geschehen. Deshalb meine Frage, was ist der aktuelle Stand bzw. wann und wo genau soll der öffentliche Brunnen im Bereich Harzhüttenweg kommen?

Bürgermeister: Der Brunnen ist am Radweg geplant. Die Landwirte haben keinen Bedarf mehr, um dort Wasser für ihre Tiere zu holen, also genügt ein normaler Trinkbrunnen. Derzeit laufen Gespräche über Grundablösen. Danach erfolgt die Einreichplanung und die Umsetzung.

Welche Musiker wurden in der der aktuellen Periode seit 2020 bei Stadtveranstaltungen von der der Stadt direkt oder indirekt über zB die TSH engagiert? Und nach welchen Kriterien wurden diese Musikgruppierungen für die jeweiligen Veranstaltungen ausgesucht?

Ist für die Verkehrsführung bei der neuen Bäckerei eine andere Lösung geplant? Aktuell parkt Laufkundschaft auf dem Gehsteig und dem Fahrradweg. Da hat es laut einigen besorgten Bürgern schon brenzliche Situationen gegeben. Und als ergänzende Frage, gibt es für diese Bäckerei eine Sonderförderung der Stadt Hohenems – Gerüchten zufolge soll dem so sein?

Bürgermeister: Wir freuen uns sehr über die Bäckerei. Wir haben ihnen schon im Vorfeld gesagt, dass es keine Parkplätze gibt und dass das ein Problem ist. Ich persönlich hätte die Bäckerei lieber in der Marktstraße gesehen, aber das ist keine Entscheidung der Stadt, sondern des Vermieters. Wir kontrollieren die Verkehrssituation, weil es gefährlich ist.

Es gibt eine neue Hausordnung bei der Sportanlage Hohenems Herrenried. Der Bürgermeister hat verordnet, dass die Sportanlage ab 27.05.2024 permanent gesperrt ist. Leider bedeutet das auch, dass unsere Kinder keinen Zugang mehr zu dieser Anlage haben und auf andere Plätze ausweichen müssen. Meine Frage: Ist eine Evaluierung bzw. Sanierung der bestehenden Plätze angedacht? Manche sind in einem unglaublich desolaten Zustand.

Der Fußballplatz am Rhein – da bin mir nicht mal sicher ob überhaupt noch ein Tor steht, die Witzke ist permanent überschwemmt - auch an Regentagen, die geringen Niederschlag aufweisen, und zudem rennt man bergauf – der Rasen ist dort einfach nicht gerade und bei der VS Schwefel wird man öfter Mal dem Gelände verwiesen! So nimmt man den Kindern alle Möglichkeiten auf die Freizeitaktivität Fußball – deshalb meine Frage nach der Sanierung bzw. was gedenkt die Stadt hier zu tun?

Bürgermeister: Die Tschutterplätze, sind keine Fußballplätze, wir freuen uns extrem, dass diese gut besucht sind, aber nach einer gewissen Zeit ist kein Rasen mehr da. Wir sanieren sie jährlich und schauen gut dazu.

Angelika Benzer: Der Platz ist nicht bespielbar.

Bürgermeister: Der Werkhof saniert immer wieder diese Plätze. Beim Dämmle und im Witzke muss der Platz auch ab und zu für eine gewisse Zeit gesperrt werden.

Angelika Benzer: Ich bitte um ein Feedback für die weitere Vorgangsweise.

Die Schützen sind mit Sicherheit einer der erfolgreichsten Sportvereine in Hohenems. Seit vielen Jahren feiern sie weltweite Erfolge. Unzählige Medaillen bei Landes-, Staats-, Europa- und Weltmeisterschaften zeigen, dass sie international konstant auf höchstem Niveau agieren. Diese Erfolge sind keine Zufallstreffer, sondern erfordern jahrelanges Training und benötigen dementsprechend eine technisch funktionierende Infrastruktur.

Umso mehr hat mich das trotzige Email von Bürgermeister Egger an den Obmann der Schützengilde Hohenems verwundert.

Kurz zur Vorgeschichte: Im Mai 2022 wurde der Schießstand in der Ledi von Bgm. Egger aufgrund von mehreren Mängeln geschlossen. Es folgten daraufhin etliche Gespräche. Auch eine Planung für den Umbau der Anlage wurde erarbeitet und von der Mehrheit der Fraktionen für gut befunden. Trotzdem ist nichts geschehen, es wurde nichts umgesetzt und die Schützen haben seit über 2 Jahren keinen Trainingsplatz mehr!

Im Email des Bürgermeisters hieß es sogar wörtlich: „Da du (Obmann - Waibel) die Gespräche beendet hast, erübrigt sich auch die Diskussion meines Lösungsvorschlages.“

Nein, das sehen wir nicht so! Wir wollen diese Diskussion führen! Denn es handelt sich hier um ein städtisches Grundstück und um eine städtische Sportanlage.

1. Wieso wird hier keine Sanierung vorgenommen? Warum hält man sich bei diesem leistungsstarken Verein derart mit Unterstützung zurück?

2. Wie lautet der ominöse Lösungsvorschlag der offensichtlich am 31.05 das Licht der Welt erblickte und am 03.06.2024 präsentiert hätte werden sollte?

3. Ich appelliere schon, dass die Gespräche nochmals aufgenommen werden und dieses kindische Verhalten nicht das letzte Wort des Hohenemser Bürgermeisters unseren ehrenamtlichen Vereinen gegenüber ist, und deshalb als letzte Frage:

Wie lautet der Zeitplan zur Sanierung der Sportanlage um zeitnah eine Wiederaufnahme des unbedingt notwendigen Trainings zu ermöglichen?

Bgm. Dieter Egger: Hier muss Einiges richtig und klargestellt werden. Es gibt einen uralten Vertrag mit den Schützen, dass sie mietfrei (Anerkennungszins) die Anlage benützen können. Für den Erhalt des Gebäudes und Investitionen in die Anlage sind die Schützen zuständig. Die Schützengilde ist Betreiber der Anlage und damit auch für die sichere und rechtskonforme Benützung der Anlage zuständig. Die Schützen – in Person der jetzige Obmann – hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass die Anlage nicht den derzeit gültigen Sicherheitsbestimmungen entspricht. Die Anlage hat keine Schutzwände. Es entspricht nicht den Vorschriften. Als Baubehörde musste ich handeln. Mir war das nicht bewusst,

dass jahrelang dieser Mangel war. Die Schützen waren für den Betrieb verantwortlich. Sie haben jahrelang keine Miete bezahlt. Bei den Schützen ist kein Geld vorhanden, diese Investitionen zu machen, obwohl sie laut Vertrag zuständig wären. Wir haben deshalb kulanterweise nach Lösungen gesucht. Vom Land haben wir eine erhöhte Förderungszusage bekommen und auch die Stadt hätte zu den Investitionen einen Zuschuss in Aussicht gestellt, somit hätten die Schützen über 50 % Förderung erhalten. Wir haben gefragt, ob die Schützen die restlichen 50 % durch Gönner, Bausteinaktion, usw. aufgebracht werden können? Diese wurde vom Vertreter der Schützen in Aussicht gestellt. Leider wurde uns nach ein paar Wochen von den Schützen mitgeteilt, dass sie erfolglos waren und keinen Investitionsbeitrag leisten können.

Der Sportstadtrat hat versucht eine andere Lösung zu finden. Die Kostenschätzung beträgt € 300.000,00 und wir hätten das übernommen, aber dann müssen die Schützen Miete bezahlen.

Im Budget 2024 konnte das auf Grund der schlechten finanziellen Rahmenbedingungen (sinkende Einnahmen, steigende Kosten) jedoch nicht aufgenommen werden. Ich habe mit dem Obmann gesprochen und mitgeteilt, dass wir das 1. Quartal abwarten und die finanzielle Entwicklung beobachten. Sollte sich die Finanzsituation verbessern, so werden wir versuchen eine Umsetzung 2024 ins Auge zu fassen. Leider haben sich die Einnahmen aus den Ertragsanteilen nochmals verschlechtert. Ich habe dem Obmann gesagt, dass es neuerliche Verhandlungen mit dem Bund über mehr Geld gibt und wir diese noch abwarten sollten.

Ich habe zugesagt, dass er bis Ende Mai eine Antwort bekommt. Leider waren diese Verhandlungen bis Ende Mai noch nicht abgeschlossen. Am Freitag den 31. Mai waren wir den ganzen Tag mit den Starkniederschlägen beschäftigt und ich hatte schlichtweg keine Zeit für ein Gespräch. Ich habe aber auf Nachfrage mitgeteilt, dass ich mich am Montag den 03. Juni beim Obmann melden werde.

Am Sonntag, den 02. Juni, ist ein Schreiben vom Obmann an alle Schützen rausgegangen, dass es mit der Stadt keine Lösung gibt und Er, der Obmann, somit die Gespräche beendet. Ein skurriles und unverständliches Handeln des Obmannes. Es muss nochmals klar festgehalten werden, dass die Stadt keinerlei Verpflichtung hat, Investitionen in eine neue, verbesserte Schießanlage vorzunehmen, wir uns aber trotzdem um eine Lösung – in finanziell schwierigen Zeiten – bemühen. Dass dann der Obmann so reagiert, die Stadt und insbesondere den Sportstadtrat angreift und von sich aus die Gespräche beendet, ist mehr als unverständlich. Darauf habe ich reagiert und mein Unverständnis zum Ausdruck gebracht. Das ist nicht „trotzig“, sondern meine Pflicht als Bürgermeister.

StR. Markus Klien hat sich sehr dafür eingesetzt und dann kommen nur „unfreundliche“ Rückmeldungen.

StR. Angelika Benzer: Das ist eine sehr einseitige Darstellung. Man könnte locker 100.000 Euro von der TSH nehmen. Auf dem Gemeindetag in Mellau hat der Landeshauptmann Zuschüsse versprochen.

Bürgermeister: Diese Zuschüsse decken nicht einmal die Mindereinnahmen aus den Ertragsanteilen. 400.000 Euro bekommen wir von den 10 Mio., welche das Land an alle Gemeinden verteilt, aber wir haben schon ein Minus von 500.000 Euro. Wir haben für 2024 nichts budgetiert und sind zudem noch mit weniger Einnahmen konfrontiert. Da kann ich keine Zusagen machen. Alles andere ist nicht seriös. Der Obmann hat die Gespräche beendet. Die Schuld der Stadt zu geben, ist mehr als ungerecht. Wir haben uns sehr bemüht und eingesetzt, was vom Obmann der Schützen anscheinend nicht honoriert wird.

Vizebgm. Patricia Tschallener: Unsere Rückmeldung war, dass wir ev. so einem Modell zustimmen können. Es soll sachlich fair sein und für alle Vereine gelten.

StR. Markus Klien: Man muss beide Seiten kennen. Wir müssen eine Lösung finden. Ich habe sehr viel Zeit investiert. Die Nachrichten des Obmannes der Schützen sind mehr als fraglich. Mit ihm ist es sehr schwierig. Ich bin für eine Lösung, aber ich glaube nicht, dass ich auf den Obmann zugehen muss. Ich glaube auch nicht, dass alle Schützen mit der Art und Weise, wie der Obmann hier agiert, einverstanden sind.

StR. Bernhard Amann: Ich wollte eine Rheintalstadt aus Dornbirn, Lustenau und Hohenems. Die Sportstätten könnten doch auch überregional genutzt und finanziert werden. In Lustenau ist eine neue Schießanlage.

Noch ein anderes Thema. Anlässlich des Weltflüchtlingstag am 20. Juni findet ab 18 Uhr auf dem Schlossplatz eine Veranstaltung von ProKonTra „Abend der Begegnung und des gemeinsamen Gedenkens“ statt. Es sind alle dazu eingeladen.

StR. Angelika Benzer: Ich werde das heutige Gespräch an die Schützen weitergeben.

StR. Gerhard Stoppel: Das Thema ist zu ernst. Die Hohenemser Schützen präsentieren wirklich Hohenems. Es muss eine Lösung gefunden werden.

StR. Bernhard Amann: Was ist mit der Schrebergartensiedlung beim Landgraben? Es ist ja alles illegal. Wie geht es hier weiter?

Bürgermeister: Alle Hütten sind mehr oder weniger illegal. Wir und die Bezirkshauptmannschaft haben die Aufgabe, das zu bereinigen. Lustenau und Dornbirn haben dasselbe Problem. Wie sieht die Lösung aus? Soll es Sonderwidmungen geben? Ist das genehmigungsfähig vom Land? Widmung und Nutzung? Das ist auch der Inhalt vom LEK Ried. Sollte es keine Sonderwidmung für diese „Schrebergärten“ – wobei es eher Freizeithütten sind – geben, so müssen wir als Baubehörde Abbruchbescheide erlassen. Damit habe ich keine Freude, aber rechtlich wäre es notwendig.

Gabriele Bächle: Ich stelle nachstehende Anfragen nach § 38 Abs. 4 GG:

Im Voranschlag sind 20.000 Euro für die Entsiegelung der Schillerallee vorgesehen? Wann wird das umgesetzt.

Bürgermeister: Der Auftrag wurde am 6. Mai an die Firma Pernstich vergeben.

Wie schaut es mit der Überdachung bei der Bushaltestelle in der Nibelungenstraße aus?

Bürgermeister: Die Umsetzung ist noch offen.

StV. Günter Zechner: Ich stelle nachstehende **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG:

Thema: Hohenems und das Abfallzentrum am Kumma

1. Wann wird der Beschluss gefasst, dass wir als Stadt Hohenems an diesem Projekt teilnehmen?
2. Wieviel Prozent wird unsere Beteiligung an diesem Projekt betragen?
3. Was bedeutet das „Abfallzentrum am Kumma“ für die Hohenemser Bevölkerung?
4. Werden auf die Hohenemser Haushalte Mehrkosten zukommen?
5. Was kann alles im Abfallzentrum entsorgt werden?

6. Wie sieht der Zeitplan für dieses Projekt aus?
7. Gibt es schon einen Finanzierungsplan für dieses Projekt seitens der Stadt?
 - a) Wenn nein, bis wann wird dieser erstellt?
 - b) Wenn ja, bis wann wird dieser präsentiert und wie sieht er aus?
8. Wurden von Ihnen, Herr Bürgermeister oder dem zuständigen Stadtrat mündliche Zusagen gegenüber den Kummenberg Gemeinden gemacht?

Was ist mit der Beschriftung bzw. Beschilderung „Fußgänger-Radweg“ im Herrenried?

Bürgermeister: Die Tafel muss noch entfernt werden.

StV. Günter Zechner: Frage an die Kulturstadträtin Erika Kawasser – Wurde der Bücherschrank am Schlossplatz repariert?

StR. Erika Kawasser: Ja, er wurde repariert.

StV. Stefan Birkel: Abfallverwertungszentrum – im Gemeindeblatt habe ich in der Niederschrift von Götzis und Altsch gelesen, dass der Bürgermeister und Umweltstadtrat eine mündliche Zusage getätigt haben, dass die Stadt Hohenems sich an dem Projekt am Kummerberg beteiligen wird. Ich habe mich gewundert. Eine Beteiligung mit einem Projekt in Dornbirn steht ja auch noch an. Es gibt nicht einmal einen Grundsatzbeschluss. Ich würde schon bitten, dass dies vorher mit der Stadtvertretung besprochen wird. Machen wir doch einen Grundsatzbeschluss. Das sind langfristige Investitionen.

Bürgermeister: Für andere Gemeinden und deren Kommunikation sind wir nicht zuständig. Es gibt offiziell keine Zusage von mir oder dem Umweltstadtrat.

StR. Gerhard Stoppel: Den Artikel habe ich nicht gelesen. Wir sind unter Zugzwang. Wir müssen grundsätzlich eine Lösung finden. Es wäre natürlich sinnvoll, wenn wir am Anfang und Ende von Hohenems eine Abfallverwertung haben. Wenn der Grünmüllplatz zumacht, haben wir ein Problem.

Bürgermeister: Wir können eine Meinung vertreten, aber keine Zusagen machen. Es gab eine gemeinsame Arbeitsgruppe. Die Frage, ob wir und in welchem Ausmaß wir uns bei einem ASZ Kummerberg beteiligen wird im nächsten Planungs- und Umweltausschuss behandelt werden.

StV. Arnulf Häfele: Der Bürgermeister hat im Neue-Interview gesagt, dass der Respekt gegenüber der Polizei sehr stark abgenommen habe, vor allem bei der Jugend mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig hat er gesagt, der mobile Einsatz der Streetworker zeige sehr gute Ergebnisse. Das ist ein Gegensatz. Die Streetworker bewirken mit ihrer Arbeit meiner Meinung nach sehr wenig.

Ich stelle nach § 38 Abs 4 die **Anfrage:** Welche genauen Aktivitäten haben die Streetworker in Hohenems in den letzten drei Monaten gesetzt?

Gebiet Priedler: Bei Starkregen, der in einem bisher nicht gekannten Ausmaß auftritt, ist in Hohenems besonders das Gebiet vom Priedler, meiner Meinung nach eine große Gefahrenquelle, die ganz Hohenems bedroht.

Ich stelle nach § 38 Abs 4 die **Anfrage:** Wie lauten die neuesten Gutachten der Experten über die Gefahren, die vom Priedlergebiet ausgehen können?

Bürgermeister: Die mobile Jugendarbeit macht eine sehr wertvolle Arbeit. Gestern war eine große Sitzung in Dornbirn. Auch die Exekutive betont die wertvolle Arbeit der Mobilen Jugendarbeit. Es ist kein

Allheilmittel. Meiner Einschätzung nach, ist die zunehmende Aggressivität, ein großes Problem. Wir haben Zeiten wo es überall kriselt. Es gibt Aufzeichnungen der Arbeit der OJAH und MOJA. Im Jugendausschuss soll dies besprochen werden.

Thema Priedler: Uns muss bewusst sein, dass das ganze Hinterland von Hohenems eine große Gefahr ist. Es ist sehr schwieriges Gestein und von Bächen durchwachsen. Sie werden keinen Gutachter finden, der versichert, dass nie etwas kommen kann. 100% Sicherheit gibt es nirgends. Es wurden bereits viele Sicherungsarbeiten im Priedler gemacht und viele Millionen investiert, aber es gibt immer ein Restrisiko. Deshalb beobachten wir unsere Bäche und Kiesfänger bei Starkniederschlag laufend an. Man hat wesentlich in die Sicherheit investiert und beobachtet den Priedler laufend. In den letzten Jahren war es sehr ruhig und es sind keine Bewegungen erkennbar.

StV. Arnulf Häfele: Die Ausschreibung für die Leitung der Kulturabteilung hat ergeben, dass 6 Frauen für diese Stelle angesucht wurden. Was können Sie über das Ergebnis des Hearings mitteilen?

Bürgermeister: Es haben sich hochqualifizierte Personen gemeldet und demnächst fällt die Entscheidung.

Vizebgm. Patricia Tschallener: Die mobile Jugendarbeit ist sehr wichtig. Der Treffpunkt im Schulhof ist schwierig. Die Direktoren rufen bei Problemen die Samantha an und dann ist wieder Ruhe. Viele Jugendliche haben psychische Probleme. In Summe ist es nicht greifbar. Schwierig ist, was wäre, wenn sie nicht da ist.

StR. Angelika Benzer: Die OJAH macht einen fantastischen Job. Es gibt einen 10 seitigen Bericht der OJAH.

StR. Bernhard Amann: Klassisches Streetwork wird weder in Hohenems noch in Dornbirn gemacht. Es muss die soziale Komponente beachtet werden.

Bürgermeister: Die Stadt Hohenems finanziert zusätzlich aus Stadtmitteln in die Schulsozialarbeit, weil die Ressourcen, die das Land zur Verfügung stellt, zu gering sind.

StV. Osman Güvenc: Es geht um die Fußballplätze. Alle Plätze wurden geschlossen. Kommt dieser Wunsch vom VfB Obmann? Das ist ein großes Problem für die Kinder und Eltern. Die Plätze sollten offen bleiben. Demnächst gibt es einen Termin mit StR. Markus Klien.

Bürgermeister: Andere Städte und Gemeinden haben ihre Sportstätten schon schließen müssen, weil sie ebenfalls mit Vandalismus und Beschädigungen zu kämpfen hatten. Es gibt leider sehr viel Vandalismus. Die Netze wurden angezündet und zerschnitten, Graffiti. Müll, usw. Auf die Sportwarte wurde sehr aggressiv zugegangen. Es musste sogar die Polizei gerufen werden. Wir müssen den Platz leider schließen. Das gefällt mir überhaupt nicht, aber es bleibt uns derzeit keine andere Wahl. Wir versuchen mit den Eltern zu reden und eine Vereinbarung mit den Eltern zu treffen um die Situation zu verbessern. Durch die Hausordnung haben wir nun eine Handhabe. Die Ereignisse der letzten Monate waren nicht mehr tragbar.

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Die Schriftführerin:

Birgit Amann

Der Vorsitzende:

Bgm. Dieter Egger